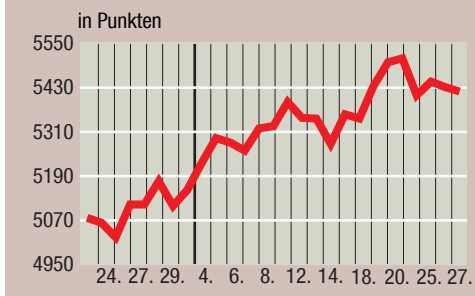


## SWISS MARKET INDEX (SMI)



**IDEENLOS.** In einem impulslosen und ruhigen Handel bewegten sich die wichtigsten Indizes am Mittwoch über weite Strecken um die Schlussstände des Vortages.

## SMI Euro Stoxx 50 Dow Jones

<b>5419</b>	<b>2479</b>	<b>8300</b>
-0,2%	+0,4%	-2,0%
1 Euro	<b>1.51 Franken</b>	-0,3%
1 Dollar	<b>1.09 Franken</b>	+0,3%
1 kg Gold	<b>33309 Franken</b>	+0,8%
1 Fass Öl	<b>62 Dollar</b>	+1,7%



## Swissmem will Staatshilfen

**BERN.** Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie wird vor der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen. Der Branchenverband Swissmem fordert nun Hilfe vom Staat. «Die Politik muss mithelfen, die Kreditversorgung sicherzustellen», sagte Swissmem-Präsident Johann Schneider-Ammann (Bild) gegenüber Schweizer Radio DRS. Er schlug in diesem Zusammenhang insbesondere eine Überprüfung des Bürgschaftswesens vor. SDA

## Die Russen im Facebook

**NEW YORK/MOSKAU.** Russische Internetinvestoren sind beim Online-Netzwerk Facebook eingestiegen: Das Moskauer Unternehmen Digital Sky Technologies (DST) hat laut Angaben von Facebook insgesamt 200 Millionen Dollar investiert und dafür Vorzugsaktien erhalten. Diese Beteiligung von knapp zwei Prozent bezieht den Wert von Facebook auf nur noch zehn Milliarden Dollar. Das liegt klar unter der Bewertung in Höhe von 15 Milliarden, welche Microsoft 2007 vornahm. SDA

# Zurück ins Buchpreis-Kartell

Der Nationalrat will Rabatte von mehr als fünf Prozent bei Büchern verbieten

MICHAEL HEIM

**Der Nationalrat will die Zeit der Buchrabatte beenden. Schon bald sollen wieder alle Läden mehr oder weniger die gleichen Preise verlangen müssen. Einzige Ausnahme: Internethändler wie Amazon.**

Die Überraschung war perfekt, als gestern der Nationalrat nicht nur beschloss, die Buchpreisbindung in der Schweiz wieder einzuführen, sondern gleich auch noch die Vorlage im Sinne der Buchhändler abänderte. «Ich hätte nicht gedacht, dass wir so gut durchkommen», sagte Dani Landolf, Geschäftsführer des Buchhändlerverbandes SBVV zur BaZ, während er die Champagnerflaschen entkorkte. «Das ist ein Sieg für den Buchhandel. Wir freuen uns, dass wir so weit sind.»

Eher gedämpft war die Stimmung aufseiten der Gegner regulierter Preise. Er befinde sich in der «Trauerphase», meinte Ex-Libris-Sprecher Roger Huber. Dass er mit seinen Argumenten für freie Preise bei den Parlamentariern derart abprallen würde, hätte er nicht gedacht. Noch gibt Ex Libris seine Discountstrategie jedoch nicht auf. Wie bereits im Vorfeld geplant, verlängert die Migros-Tochter ihre Rabattaktion um einen weiteren Monat.

Im Parlament hatte die Buchpreisbindung einen starken Rückhalt. In der Eintretensdebatte sprachen sich nur gerade 78 Parlamentarier gegen das Preisbindungsgesetz aus; 106 waren dafür. Am Ende stimmten dem vorliegenden Gesetz dann 103 Nationalräte bei 74 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

**KEIN PREISÜBERWACHER.** Das Gesetz wurde während der vierstündigen Beratung noch einmal stark geändert. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Preisüberwacher einschreiten muss, wenn Preise von importierten Büchern in der Schweiz deutlich über denen im Ursprungsland liegen. Gestern aber übernahmen die Parlamentarier mit einem hohen Mehr von 149 zu 25 Stimmen das sogenannte «Bandbreiten-Modell». Dieses sieht vor, dass die Verlage in der Schweiz für die gleichen Bücher bis zu 20 Prozent mehr verlangen können als im Ausland. Immerhin wird die Preisdifferenz unter Ausklammerung der im Ausland meist höheren Mehrwertsteuer berechnet, wie es SVP-Nationalrat Hans Kaufmann verlangt hatte.



**Teurer.** Die Buchpreisbindung freut die Buchhändler. Die Konsumenten müssen mehr bezahlen. Foto Keystone

Auf die vom Verlag festgelegten Richtpreise dürfen die Buchhändler privaten Kunden dann noch maximal fünf Prozent Rabatt geben.

**NISCHE INTERNET.** Gewinner des neuen Gesetzes sind auch die Internetbuchhändler im Ausland, denn sie werden – aus Gründen der Machbarkeit – explizit von der Preisbindung ausgenommen. Ex-Libris-Sprecher Huber bezeichnet das Gesetz denn auch als «Konjunkturförderung für Amazon». Ex Libris spielt derweil mit dem Gedanken, seinen eigenen Internethop ins Ausland zu verlegen. Bereits sprach Huber gestern von der Möglichkeit, im süddeutschen Thayngen eine neue Ex-Libris-Filiale zu gründen. Schon heute wird jedes zehnte Buch über einen Internethändler bezogen. Neben Amazon hat auch Ex Libris dieses Geschäft stark ausgebaut.

Noch ist die Preisbindung nicht definitiv eingeführt. Voraussichtlich im Herbst dürfte der Ständerat darüber entscheiden, worauf die Vorlage – wird sie nicht ganz gekippt – erneut dem Nationalrat vorgelegt würde.

## Kommentar

### Aus den Augen, aus dem Sinn

MICHAEL HEIM



**Vorderhand haben die Buchhändler mit dem Entscheid des Nationalrats erreicht, was bisher praktisch allen**

**Branchen verwehrt blieb; den Segen für ein Kartell, das den beteiligten Firmen Bruttomargen zwischen 30 und 50 Prozent garantiert. Das ist stossend. Hohe Rabatte, von denen die Kunden in den vergangenen zwei Jahren profitieren konnten, werden mit dem Gesetz amtlich verboten. Gleichzeitig verkennen die Parlamentarier aber auch die Realität des Marktes. Denn keiner kann**

**Händler im Ausland daran hindern, die vorgeschriebenen Preise zu umgehen – ob das nun erlaubt oder verboten ist. Das Gesetz verlagert das Geschäft mit sparsamen oder wenig betuchten Lesern lediglich ins Ausland. Und mit ihm wohl auch den einen und anderen Billiganbieter. Die roten und gelben Rabatttafeln dürften damit beseitigt sein, nicht aber die Konkurrenz. Doch den Politikern scheint das zu reichen, ganz nach dem Motto: Wenn wir die Discounter nicht mehr sehen, dann stören sie uns auch nicht mehr.**

michael.heim@baz.ch

## nachrichten

### Experten raten zu drittem Hilfspaket

**WASHINGTON.** Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) raten der Schweiz zu einem dritten Konjunkturpaket. Dieses könnte 2010 fällig werden und eine ähnliche Grösse wie das diesjährige Hilfsprogramm aufweisen. Ausserdem spricht sich der IWF für eine weitere Stärkung der Finanzmarktaufsicht (Finma) und eine bessere Aufsicht der Kantone über die Pensionskassen aus. AP

### Ökonomen sehen den Tiefpunkt erreicht

**ZÜRICH.** Gespannt warten Ökonomen auf die erste Schätzung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2009, die das Staatssekretariat für Wirtschaft am Dienstag veröffentlicht. Insgesamt rechnen die Experten damit, dass die Wirtschaftsleistung kräftig geschrumpft ist. Dies bedeute aber gleichzeitig, dass die Zahlen im zweiten und den folgenden Quartalen wieder deutlich besser ausfallen würden. SDA

### Weko prüft Vertrieb von Zeitungen

**BERN.** Die Wettbewerbskommission (Weko) überprüft die Zusammenlegung der Frühzustellung von Post, NZZ und Tamedia. Eine erste Untersuchung habe ergeben, dass es dabei zu einer marktbeherrschenden Stellung in der Deutschschweiz und in der Romandie im Bereich der Frühzustellung von Zeitungen kommen könnte. Deshalb finde nun eine vertiefte Überprüfung statt. AP

### Bessere Aufsicht über die Märkte

**BRÜSSEL.** Die Schaffung einer europäischen Finanzmarktaufsicht bleibt eine Zangengeburt. Die Reformpläne gehen einzelnen EU-Staaten zu weit, während andere der EU mehr Kompetenzen geben möchten. Die Kommission will ein Frühwarnsystem einrichten und die Aufsicht stärker vernetzen. Der Schweiz wird in diesem Zusammenhang die Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Gerade die international tätigen Grossbanken UBS und Credit Suisse dürften nicht nur auf nationaler Ebene überwacht werden, bekräftigt die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht. mt/SDA

# Krankenkasse Sympany breitet sich aus

Das Basler Unternehmen will neuerdings auch Sach- und Haftpflichtversicherungen anbieten

ANDREAS MÖCKLI

**Mit dem neuen Geschäft will Sympany ein weiteres Standbein aufbauen. Ob der Versicherer weitere Produkte anbieten wird, lässt er offen.**

Seit Ende 2008 ist Sympany eigenständig und nicht mehr dem Kanton Basel-Stadt über eine öffentlich-rechtliche Anstalt angegliedert. Nun macht die Basler Krankenkasse von ihren neuen Freiheiten zunehmend Gebrauch. Vor knapp zwei Wochen hat Sympany angekündigt, die marode Luzerner Krankenkasse Sympany

Xundheit übernehmen zu wollen. Gestern gab der Krankenversicherer bekannt, sein Angebot auszuweiten und neu auch Sach- und Haftpflichtversicherungen anzubieten. Dazu gehören etwa Motorfahrzeug- und Hausratsversicherungen.

Eine Marktbefragung habe gezeigt, dass sich die Kunden für die gängigsten Versicherungsprodukte nur einen Ansprechpartner wünschten, sagt Sprecherin Anne Zimmerli. Die

Kunden akzeptierten, dass eine Krankenversicherung auch andere Versicherungsprodukte anbietet.

**SEGEN DER BEHÖRDEN.** Sympany will Rabatte gewähren, falls die Kunden mehrere Versicherungen abschliessen. Der Versicherer habe dazu die regulatorischen Fragen abgeklärt und die entsprechenden Bewilligungen bei der Finanzmarktaufsicht eingeholt, sagt Zimmerli.

Im Gegensatz zu anderen Krankenversicherern kauft Sympany die Sach- und Haftpflichtversicherungen nicht bei fremden Anbietern ein. Mit Hilfe eines externen Beraters hat sich der Versicherer das nötige Wissen aufgebaut. Für die Schadensbearbeitung hat das Unternehmen ein paar wenige Mitarbeiter eingestellt. Für die Schadensaufnahme vor Ort, etwa bei Autounfällen, arbeitet Sympany jedoch mit externen Experten zusammen.

Einen weiteren Ausbau der Produktpalette plant die Firma derzeit nicht, will ihn mittelfristig aber auch nicht ausschliessen, sagt Zimmerli. Zwar bleibt das Kranken- und Unfallversicherungsgeschäft der wichtigste Umsatzträger. Die Sach- und Haftpflichtversicherungen sollen neben dem Firmenkundengeschäft zum dritten Standbein werden. Welchen Umsatzanteil Sympany mit dem neuen Geschäft anstrebt, will Zimmerli nicht sagen.

### WTO-Minister treffen sich im November

**GENÈVE.** Das längst überfällige Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) ist für Ende November in Genf anberaumt worden. Das Treffen soll vom 30. November bis zum 2. Dezember dauern. Im Prinzip müsste alle zwei Jahre ein solches Ministertreffen stattfinden. Doch seit dem Treffen in Hongkong 2005 fand kein Ministertreffen mehr statt. Hintergrund ist der Streit um die Doha-Runde über den Abbau von Handelsschranken. Von dem Treffen werde kein Durchbruch bei der Doha-Welthandelsrunde erwartet, sagte ein WTO-Sprecher. SDA